



Änderungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verantwortung für Europa

Drucksache 17/ 1768

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zur europäischen Integration und spricht sich gegen eine Rückkehr zur Nationalstaatlichkeit aus. Krisen wie diese können nur durch eine europäische Finanz- und Wirtschaftsregierung gelöst und zukünftig verhindert werden. Der Landtag spricht sich dafür aus, dem Europäischen Parlament wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz zu übertragen. Nur so kann die parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle sichergestellt werden.
2. Die europäischen Verträge sehen weder eine 'geordnete Insolvenz' von Staaten noch einen Ausschluss von Mitgliedern vor. Deshalb distanziert sich der Landtag von entsprechenden Spekulationen der Mitglieder der Bundesregierung.
3. Auch eine Rückkehr zu nationalen Währungen würde die deutschen Steuerzahler erheblich belasten. Sie sind kein Allheilmittel und schon gar keine Alternative zu gemeinsamen europäischen Maßnahmen zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der überschuldeten Staaten.
4. Griechenland und alle anderen Staaten sind gehalten, Maßnahmen zur Reduzierung ihres Staatsdefizits einzuleiten und einzuhalten. Dies wird allein durch Sparmaßnahmen nicht gelingen. Notwendig sind zusätzliche Maßnahmen, die Wirtschaft in diesen Staaten zu stimulieren.